

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2016 / Ausgabe 136 - 24. Juni 2016



SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

LIEBE FREUNDE,

BREXIT. Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Die Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen, ist nicht vom Himmel gefallen. Ich bedaure diesen Ausgang der Abstimmung sehr, gleichwohl ist er als Ausdruck der souveränen Entscheidung der Briten selbstverständlich zu akzeptieren. Wir Deutsche verlieren mit Großbritannien einen überaus wichtigen Partner und ein marktwirtschaftliches Korrektiv.

„Wichtig ist jetzt vor allen Dingen, wie wir mit der Entscheidung der Briten umgehen. Es darf nicht Integrationsschritt über Integrationsschritt folgen. Die Briten haben sich nicht gegen Europa entscheiden, sondern gegen eine Europäische Union von Martin Schulz und Jean-Claude Juncker.“

IN DIESER AUSGABE

Brexit

Euro-Krise

Sichere Maghreb-Staaten

Genderwahn

EURO-KRISE. Es nützt nichts, Monate oder Jahre später auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu hoffen. Dann ist die Messe in den meisten Fällen längst gelesen. Die Politik muss sich endlich ihrer Verantwortung bewusst werden und darf sich nicht wegducken. Als größter Anteilseigner am EZB-Kapital braucht Deutschland endlich ein Vetorecht. Es darf nicht sein, dass die Bundesbank im EZB-Rat von Malta und Zypern überstimmt werden kann.

GENDERWAHN. Im Rahmen meiner Wahlkreisarbeit wurde ich auf das Magazin „fluter“ (von der Bundeszentrale für politische Bildung) und dessen Onlinepräsenz aufmerksam gemacht. Ich bin über die dort präsentierten Inhalte empört. Von politischer Ausgewogenheit kann dort keine Rede sein. Die dort gezeigten Bilder und Texte sind untragbar und an radikalem Feminismus und Genderwahn nicht mehr zu übertreffen.

Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
Fax: (030) 227 76124
klaus-peter.willsch@bundestag.de
www.klaus-peter-willsch.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstr. 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
Fax: (06120) 91 00 52
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de



BREXIT

Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Die Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen, ist nicht vom Himmel gefallen. Ich bedaure diesen Ausgang der Abstimmung sehr, gleichwohl ist er als Ausdruck der souveränen Entscheidung der Briten selbstverständlich zu akzeptieren. Wir Deutsche verlieren mit Großbritannien einen überaus wichtigen Partner und ein marktwirtschaftliches Korrektiv.

Ich habe die Europäische Union immer als eine Gemeinschaft der Freiheit und des Rechts verstanden. Genau darauf fußte das Vertrauen in die Europäische Union innerhalb und außerhalb Europas. Die EU wurde ganz bewusst nicht als Zentralstaat oder föderaler Bundesstaat konzipiert, sondern als ein Staatenbund, bestehend aus souveränen Staaten, die in freier Verantwortung und Selbstbestimmung einige Kompetenzen an Brüssel abgegeben haben. In zentralen Bereichen ist jedoch nicht die oft beschworene „europäische Lösung“ gefunden worden. Das Euro-Regelwerk wurde ausgehöhlt, die No-Bailout-Regel zigfach gebrochen, der Stabilitätspakt ist das Papier nicht mehr wert, auf dem er in 24 Amtssprachen gedruckt ist. In der Migrationskrise hat sich die Europäische Union als unfähig erwiesen. Gerade die Probleme an der griechisch-türkischen (See-)Grenze waren jahrelang bekannt. Krisengipfel reihte sich an Krisengipfel. Die illegale Masseneinwanderung konnte erst gestoppt werden, als sich der Nicht-EU-Mitgliedstaat Mazedonien dazu entschloss, seine Grenze zu Griechenland zu schließen.

Es gab viele Warnschüsse. Volksparteien wurden marginalisiert und von Protestbewegungen überrollt. Bei den Regionalwahlen in Frankreich konnte Marie Le Pen mit ihrem offen rechtsextremen Front National erst in der zweiten Runde gestoppt werden. Bei den Präsidentschaftswahlen in Österreich scheiterte der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer nur ganz knapp. Früher hieß es: „Völker hört die Signale!“, nun ruft das Volk: „Politiker, hört die Signale!“ Die Menschen wollen Europa, sie wollen aber keinen zentralistischen Moloch.

Immer, wenn die Bevölkerung direkt zu Europa befragt wurde, zeigte sie Brüssel die rote Karte. Am 29. Mai und 1. Juni 2005 gab es ein „Nein“ bei Volksabstimmungen über die bereits fertig ausgearbeitete Verfassung der Europäischen Union in Frankreich und den Niederlanden. Der Brexit kommt einem Genickschlag gleich. Wichtig ist jetzt vor allen Dingen, wie wir mit der Entscheidung der Briten umgehen. Es darf nicht Integrationsschritt über Integrationsschritt folgen. Die Briten haben sich nicht gegen Europa entschieden, sondern gegen eine Europäische Union von Martin Schulz und Jean-Claude Juncker. Dieser ließ schon während seiner Zeit als luxemburgischer Ministerpräsident keinen Zweifel an seinem Politikverständnis:

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Seit dem Jahr 2005 war Juncker Vorsitzender der Eurogruppe und somit ein entscheidender Akteur in der Eurokrise. Auf einer Abendveranstaltung im April 2011 soll er gesagt haben: „Die Dinge müssen geheim und im Dunkeln getan werden[.] [...] Wenn es ernst wird, müssen wir lügen.“ Im politischen Jargon spricht man seitdem von der „Methode Juncker“.

Der Schlusstrich der Briten ist bitter. Die Brexit-Befürworter als Verblendete oder Opfer von Populisten zu brandmarken, ist genau der falsche Ansatz. Man kann falsche Politik nicht dadurch verbessern, wenn man sie besser erklärt. Man muss endlich die Politik ändern. Dann kommt das Vertrauen der Bürger wieder zurück.

Großbritannien ist (trotz des „Brittenrabattes“) hinter Deutschland und Frankreich der größte Nettozahler in der Europäischen Union. Wenn die Beiträge nun einfach umgelegt werden, kommen auf den deutschen Steuerzahler schätzungsweise Mehrbelastungen von jährlich 2,5 Milliarden Euro zu. Nicht weniger dramatisch sind die neuen Mehrheitsverhältnisse im Euro-

päischen Rat. Dort verliert die Gruppe der stabilitäts- und ordnungspolitisch orientierten Länder ohne die Stimme Großbritanniens nun ihre Sperrminorität gegenüber den Ländern aus dem „Club Méditerranée“. Wir Deutsche müssen nun ganz gewaltig aufpassen.

EURO-KRISE

Mit den Worten „whatever it takes“ kündigte EZB-Präsident Mario Draghi am 26. Juli 2012 wortgewaltig an, dass von jetzt an die Notenbank das Euro-Krisenmanagement übernehmen würde. Und Draghi ließ seinen Worten Taten folgen. Am 6. September 2012 machte der EZB-Rat den Weg für Outright Monetary Transactions (OMT) frei. Mit diesem neuen geldpolitischen Instrument durfte die EZB fortan unbegrenzt Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt kaufen, vorausgesetzt der betroffene Staat erhielt bereits EFSF- oder ESM-Hilfen. Mit dieser Konditionalität wurde die strikte Trennung von Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik aufgehoben. Die EZB übernahm zunehmend originäre Aufgaben der Politik, indem sie nicht nur den geldpolitischen Rahmen setzte, sondern ihn auch mit Inhalt füllte. Im EZB-Rat gab es aus diesem Grund genau eine Gegenstimme gegen den OMT-Beschluss. Sie kam von Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann.

Gegen den OMT-Beschluss der EZB wurden beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe von verschiedener Seite Verfassungsbeschwerden eingelegt. Noch im Januar 2014 äußerte das Gericht starke Zweifel an der Rechtmäßigkeit des neuen EZB-Programms. Damals gab Karlsruhe in einer historischen Entscheidung bekannt, dass es das OMT-Programm mehrheitlich für rechtswidrig hält. So hieß es u.a.:

„Der OMT-Beschluss dürfte nicht vom Mandat der Europäischen Zentralbank gedeckt sein. Die Währungspolitik ist nach Wortlaut, Systematik und Zielsetzung der Verträge insbesondere von der primär den Mitgliedstaaten zustehenden Wirtschaftspolitik abzugrenzen. [...] Für die Einordnung des OMT-Beschlusses als wirtschaftspolitische Maßnahme spricht die unmittelbare Zielsetzung, Zinsaufschläge auf

Staatsanleihen einzelner Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebietes zu neutralisieren. [...] Auch der selektive Ankauf von Staatsanleihen nur einzelner Mitgliedstaaten ist ein Indiz für die Qualifikation des OMT-Beschlusses als wirtschaftspolitische Maßnahme, denn dem geldpolitischen Handlungsrahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken ist eine zwischen einzelnen Mitgliedstaaten differenzierende Vorgehensweise grundsätzlich fremd. Die Parallelität mit Hilfsprogrammen der EFSF bzw. des ESM sowie das Risiko, deren Zielsetzung und Auflagen zu unterlaufen, erhärten diesen Befund. Der vom OMT-Beschluss vorgesehene Ankauf von Staatsanleihen zur Entlastung einzelner Mitgliedstaaten erscheint insoweit als funktionales Äquivalent zu einer Hilfsmaßnahme der genannten Institutionen - allerdings ohne deren parlamentarische Legitimation und Kontrolle.“

Das war eindeutig. Leider fehlte dem Bundesverfassungsgericht der Mut, eine Kehrtwende in der falschen Euro-Rettungspolitik zu erzwingen. Denn das deutsche Gericht bat infolge den Europäischen Gerichtshof (EuGH) um eine Überprüfung des Sachverhalts. Der EuGH geht aber seit jeher sehr wohlwollend mit Institutionen der Europäischen Union um. Schon damals hatte ich wenig Zuversicht, dass der EuGH die EZB wieder auf den Boden ihres Mandates zurückholen würde. Und dies nicht nur, weil der EuGH-Präsident bis 2015 Vassilios Skouris hieß. Und so plädierte der EuGH-Generalstaatsanwalt Cruz Villalón im Januar 2015 auf einen „Freispruch erster Klasse“ für die EZB. Während sich unsere Karlsruher Richter tief in die Materie eingearbeitet hatten, gab Villalón der EZB einen Blankoscheck. Hinsichtlich der Kontrolle der Zentralbank sei Zurückhaltung geboten, da den Gerichten die Spezialisierung und Erfahrung dafür fehle. Die rechtsstaatlich gebotene Rückbindung des Handelns der EZB an das Recht wurde durch ein „Not kennt kein Gebot“ ersetzt.

Am 21. Juni 2016 fällte das Bundesverfassungsgericht nun sein Urteil. Die Verfassungsbeschwerden wurden für unzulässig erklärt. Das Urteil hat mich enttäuscht. Das Bundesverfassungsgericht hat die Argumentation des EuGH nun übernommen. Karlsruhe hat zwar leichte

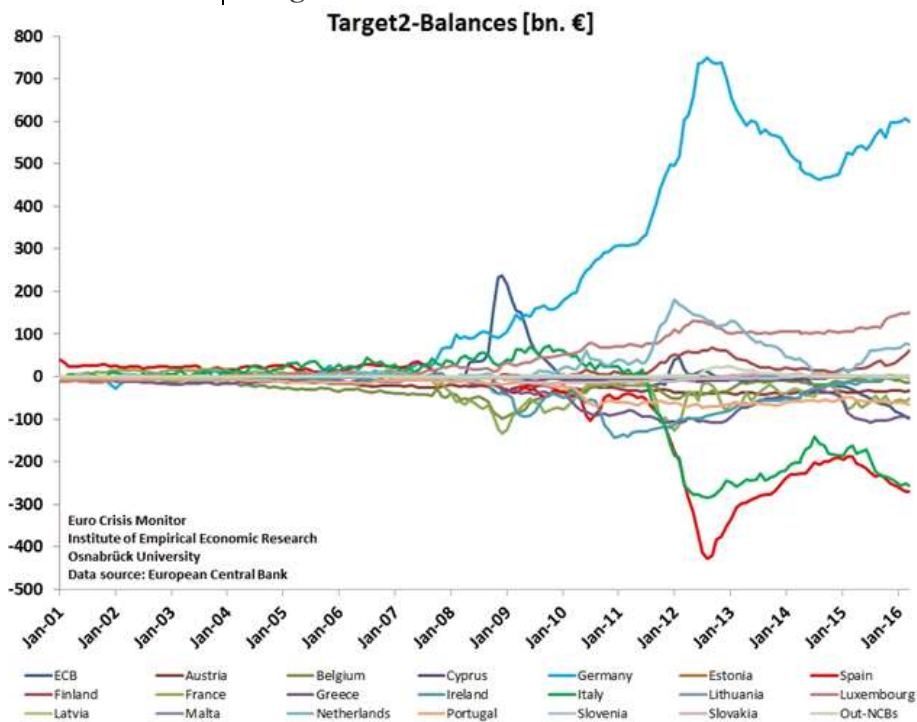
Bedenken gegen die Anleihenkäufe der EZB geäußert. Letztendlich hat das Bundesverfassungsgericht den Machtkampf mit dem Europäischen Gerichtshof jedoch gescheut.

Es nützt ohnehin nichts, Monate oder Jahre später auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu hoffen. Dann ist die Messe in den meisten Fällen längst gelesen. Die Politik muss sich endlich ihrer Verantwortung bewusst werden und darf sich nicht wegducken. Die Deutsche Mark war einst das Vorbild für den Euro. Aus diesem Grund steht die EZB in Frankfurt. Heute steht die EZB in der Tradition der Banca d'Italia. Und das schlimmste ist, dass unser Bundesbankpräsident zunehmend marginalisiert, seine Positionen als „von gestern“ dargestellt werden. Als größter Anteilseigner am EZB-Kapital braucht Deutschland endlich ein Vetorecht. Es darf nicht sein, dass die Bundesbank im EZB-Rat von Malta und Zypern überstimmt werden kann.

Selbst wenn man eine Rechtmäßigkeit der EZB-(Geld)Politik konstruieren kann, so tut sie unserem Land nicht gut. Kurzfristig scheint der Griff zur Notenpresse zwar verlockend, langfristig wirkt er aber wie süßes Gift: Erforderliche Strukturanpassungen werden unterlassen oder verschoben. Der einhergehende Kursverfall des Euro verstärkt diesen Effekt zusätzlich. Langfristig schafft aber nur Preiswertstabilität Vertrauen bei Sparern und Investoren. Eine zunehmende Ausweitung der Geldmenge bringt verloren gegangene Wettbewerbsfähigkeit nicht zurück, sondern endet in Inflation, enteignet den Sparer und verschreckt die Investoren. Menschen werden dazu genötigt, ihre Bausparverträge zu kündigen. Die Altersversicherungen werfen nichts mehr ab. Wer sein Geld heute auf die hohe Kante legt, wird bestraft.

Gleichwohl spielen die EZB-Aktivitäten der Politik in die Karten. Solange die Zentralbank die Zinsen niedrig hielt, braucht die Bundesregie-

rung keine neuen Rettungsprogramme beantragen. Die Target2-Salden steigen wieder gewaltig an. Die Forderung der Deutschen Bundesbank gegenüber dem EZB-System beläuft sich wieder auf rund 600 Milliarden Euro. Parallel dazu rutschen Spanien und Italien immer weiter in den Keller. Ein klares Indiz dafür, dass etwas gewaltig schief läuft.



Quelle: <http://www.eurocrisismonitor.com/>

Die Europäische Kommission versagt in ihrer Rolle als „Hüterin der Verträge“ völlig. So gab die EU-Kommission Spanien und Portugal ein Jahr Aufschub, um in ihrem laufenden Defizitverfahren ihr übermäßiges Staatsdefizit zu senken. Von der Einhaltung der Maastricht-Kriterien sind die beiden Länder weit entfernt. Die EU-Kommission möchte sich jedoch erst Anfang Juli nach den Neuwahlen in Spanien wieder mit dem lästigen Thema beschäftigen. Man braucht nicht viel erwarten. Im Abwehrkampf gegen den spanischen Syriza-Klon „Podemos“ verspricht der noch amtierende spanische Ministerpräsidenten Mariano Rajoy alles, nur nicht die Einhaltung der Stabilitätskriterien. Wenn Spanien eine ähnliche politische Entwicklung nimmt wie Griechenland, kann sich die Eurozone schon einmal warm anziehen.

Italiens Schuldenquote ist mittlerweile auf über 130 Prozent des BIP gestiegen. Doch damit nicht genug. Auf Drängen des italienischen Minister-

präsidenten Matteo Renzi ging die EU-Kommission darauf ein, Italien mehr „Flexibilität“ zu gewähren. Die EZB holt derweil die Kohlen aus dem Feuer. Das Risiko trägt zu 25 Prozent die Deutsche Bundesbank, also der deutsche Steuerzahler.

Derweil hat Griechenland die nächste Runde überstanden. Eine Tranche in Höhe von 10,3 Milliarden Euro wurde jüngst für den Schuldenstaat Nr.1. freigegeben. Im Vorfeld hatte sich Griechenland wieder einmal mächtig angestrengt und ganz viele Reformmaßnahmen beschlossen. Im siebten Jahr der Krise dürfte kein Quadratmillimeter in Griechenland übrig geblieben sein, der noch nicht fünfmal reformiert wurde. Nur ändert sich nichts. Man muss Reformen nicht nur beschließen, sondern auch umsetzen! Papier ist geduldig.

Unterstützung erhält Griechenland jetzt mittelbar von ganz anderer Stelle: Jörg Asmussen hat bei der US-Investmentbank Lazard angeheuert, die ganz dick drin ist im Griechenland-Geschäft. Lazard ist traditionell die für die Griechen tätige Investmentbank. Lazard war maßgeblich an der Umstrukturierung der griechischen Bankenbranche beteiligt. Lazard unterstützt einen Schuldenschnitt für Griechenland, der nur zu Lasten des deutschen Steuerzahlers gehen kann. Nun also lobbyiert Asmussen für diese Bank, die auf der Payroll von Griechenland steht. Asmussen ist nicht irgendwer. Als Finanzstaatssekretär war das SPD-Mitglied ein treuer Paladin Schäubles, ein staatsgläubiger Währungsingenieur, der schon unter Hans Eichel und Peer Steinbrück sein Unwesen getrieben hatte. Nach dem Abgang Jürgen Starks konnte die Bundesregierung zwar durchsetzen, dass mit Asmussen wieder ein Deutscher ins EZB-Direktorium entsandt wurde; ein adäquater Ersatz war der frühere Finanzstaatssekretär aber nicht. Die Isolation der Bundesbank im EZB-Rat nahm immer schlimmere Formen an. Asmussen wurde sogar zu Weidmanns Gegenspieler. Auch der Presse entging die Entfremdung der ehemaligen Weggefährten nicht – beide waren akademische Schüler von Ex-Bundesbankpräsident Weber an der Universität Bonn, obwohl aus dem EZB-Rat nur selten etwas an die Öffentlichkeit drang. So

schrieb die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung: „Er ist Deutschlands Mann in der EZB. Jetzt hilft er, die Notenpresse anzuwerfen. Der Kanzlerin ist's recht. Die Bundesbank schreit auf.“ Es gibt schon längst kein Halten mehr. Auch das Bundesverfassungsgericht ist kein Anker der Rechtsstaatlichkeit mehr. In seinem Vorwort zu meinem Buch „Von Rettern und Rebellen“ schrieb Thilo Sarrazin: „Der Begriff der Gewaltenteilung bekommt für mich eine ganz neue, elementare Bedeutung: Auch die Gewaltenteilung hilft nämlich nicht, wenn sich die Gewalten beim Rechtsbruch einig sind.“

SICHERE MAGHREB-STAATEN

In den Wirren der Flüchtlingskrise lassen sich bislang nur zwei tatsächlich wirkungsvolle Maßnahmen identifizieren. Eine davon war die Schließung der Balkanroute, die die post-souveräne Ohnmachtsrhetorik der Bundesregierung widerlegte und den Zustrom illegaler Migranten nach Deutschland effektiv und drastisch senkte. Zweifelsohne war und ist Deutschland größter Profiteur der südosteuropäischen Rückbesinnung auf staatliche Hoheitsaufgaben.

Die zweite sinnvolle Maßnahme war die Einstufung der Westbalkanstaaten Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsländer im Rahmen des ersten Asylopakets. Hieran hat sich gezeigt, welchen Einfluss allein schon die erwartete Erfolgsaussicht auf Asyl in Deutschland auf die Wanderungsbewegung hat. Zwar hätten uns Monate des hunderttausendfachen Zustroms aus diesen Ländern erspart bleiben können, wäre dieser Beschluss nicht von Roten und Grünen verzögert worden. Dennoch brachen die Zugangszahlen nach Inkrafttreten rapide ein.

Doch weit gefehlt, wer nun hoffte, dass die revolutionäre Offenbarung des Kausalzusammenhangs zwischen Bleibeperspektive und Migrationsbereitschaft ein Umdenken hätte anstoßen können. Nach den Vorfällen der Silvesternacht in Köln und anderswo forderten wir bereits im Januar die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer. Hinter der Maghreb-Migration stehen eindeutig ökonomische Motive. Selbst die rot-

grüne NRW-Landesregierung bezeichnete die nordafrikanischen jungen Männer noch im Frühjahr als „Problemklientel“ und forderte einen Aufnahmestopp. Bundesinnenminister Thomas de Maizière bereiste sodann die drei Staaten und handelte Rückübernahmeabkommen für abgelehnte Asylbewerber aus, einige Wochen später dämmerte es dann auch der SPD. Doch seit nunmehr einem halben Jahr blockieren die Grünen die Umsetzung – derzeit im Bundesrat. Die Kette der politischen Handlungsfähigkeit ist eben nur so stark, wie ihr schwächstes Glied.

Nichtsdestoweniger erzielte unser Vorstoß bereits eine abschreckende Wirkung: Noch gegen Ende des vergangenen Jahres verzeichnete die Statistik einen sprunghaften Anstieg registrierter Einreisen aus den Maghreb-Staaten. Mit Beginn der Diskussion im diesjährigen Januar haben sich diese Zahlen mit einem Mal auf einige wenige hundert im Monat reduziert.

Obschon am Ende auch hier sicherlich eine Einigung stehen wird, sollte man sich dennoch nicht allzu viel davon versprechen. Denn ein Grundproblem bliebe auch mit einer erweiterten Herkunftsstaatenregelung bestehen: Unser verschärftes Asylrecht kommt sämtlich erst dann zur Umsetzung, wenn sich die Antragsteller bereits seit Wochen und Monaten innerhalb unseres Landes befinden. Wenn wir nicht dazu übergehen, bereits an der Grenze im Schnellverfahren konsequent zurückzuweisen, werden wir der illegalen Migration letztlich nicht Herr.

Ist ein Staat als sicheres Herkunftsland eingestuft, gilt zwar die sogenannte Regelvermutung, dass keine Verfolgungsgefahr vorliegt. Verfahren sollen auf diese Weise beschleunigt werden. Der Stempel der sicheren Herkunft ändert jedoch nichts am individuellen Rechtsanspruch auf ein Asylverfahren, in dem der Antragsteller die Regelvermutung widerlegen kann. Und selbst wenn der Erstantrag abgelehnt wurde, ist es bekanntlich noch ein weiter Weg bis zur Ausweisung – selbst bei Straffälligkeit. Durch unzählige Rechtsmittel zur Wiederaufnahme oder Streckung des Verfahrens oder zur Verhinde-

rung einer Abschiebung gewinnt der Antragsteller vor allem Zeit. Und Zeit ist Geld. Das haben im Übrigen auch die unzähligen Rechtsanwälte verstanden, die derzeit unter dem Deckmantel des Humanismus Asylverfahren durch die Instanzen jagen. Manch ein Klient entscheidet sich wohl auch erst nach anwaltlicher Erstberatung – auch mit Aussicht auf Prozesskostenhilfe, welcher in seiner Heimat verfolgten Minderheit er sich hier anschließen will. Kein Wunder also, dass der Zahl von über einer Millionen Migranten im vergangenen Jahr lediglich 20.888 Abschiebungen gegenüber stehen. Eines dürfte sich mittlerweile rungesprochen haben: wer einmal deutschen Boden betreten hat, wird ihn so schnell nicht wieder verlassen.

GENDERWAHN

Im Rahmen meiner Wahlkreisarbeit wurde ich auf das Magazin „fluter“ (von der Bundeszentrale für politische Bildung) und dessen Onlinepräsenz aufmerksam gemacht. Ich bin über die dort präsentierten Inhalte empört. Als Beispiel verweise ich auf die Ausgabe zum Thema Geschlecht. Von politischer Ausgewogenheit kann dort keine Rede sein. Die dort gezeigten Bilder und Texte sind untragbar und an radikalem Feminismus und Genderwahn nicht mehr zu über treffen.

Schon im Editorial heißt es: „Geschlechtergerechtigkeit ist kein Selbstläufer. Die Gewinner der überkommenen patriarchalischen Ordnungen, vor allem die Netzwerke der mächtigen alten Männer, verzichten nicht freiwillig auf ihre Privilegien.“ Oder bei einer Bildunterschrift: „Im Tierreich sind Männer oft besonders peinlich: Sie trommeln sich auf die Brust, geben brunftige Laute von sich oder prahlen mit ihrem Feder schmuck – wie dieser eitle Pfau.“ Diese primitive linke feministische Agitation zieht sich durch das ganze Heft.

Auch ein Blick auf die Homepage verursacht Kopfschütteln. Das bei fluter vertretene Familien- und Geschlechterbild würde ich auch eher im linksalternativen Milieu verorten als in einer vom Bund finanzierten Behörde. In dem Artikel

„Wenn sich Superhelden outen“ wird eine Ausstellung gepriesen, die den Eindruck vermittelt, sämtliche Superhelden wie Batman seien homosexuell. In einem anderen Artikel wird eine Utopie gefeiert, in der Frauen Kinder im Brutkasten gebären. Die Befruchtung verläuft künstlich, Männer sind überflüssig. Es heißt dort: „Das Ziel einer feministischen Revolution darf [...] nicht nur die Beseitigung männlicher Privilegien, sondern muss die Abschaffung der Unterscheidung zwischen den Geschlechtern selbst sein: Geschlechtsunterschiede würden dann unter Menschen keine Rolle mehr spielen. [...] Die Reproduktion einer Spezies durch ein Geschlecht zum Vorteil beider würde ersetzt durch (zumindest die Möglichkeit der) künstlichen Fortpflanzung: Kinder würden gleichberechtigt von beiden Geschlechtern oder unabhängig von beiden geboren.“

Bei fluter wird alles in den Himmel gehoben, nur eines nicht: Die Lebenswirklichkeit der überwältigenden Mehrheit der Menschen in unserem Land. Von (gesellschafts-)politischer Ausgewogenheit ist das Heft meilenweit entfernt. Der fluter hat eine Auflage von 325.000 Exemplaren pro gedruckter Ausgabe. Das Magazin richtet sich an Jugendliche. Ist das wirklich das Gesellschafts- und Familienbild, das wir jungen Menschen vermitteln wollen?

Ihr

Klaus-Peter Willsch

Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.



<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>



Geldschwemme und Schuldenkrise

Bye-bye, Demokratie

Beschlüsse in Hinterzimmern, planlose Politiker und das gefährliche Spiel eines „Falschmünzers“ – wie Bundestag und Bundesregierung bei der andauernden Euro-Rettung übertölpelt werden. Der CDU-Haushaltsexperte Klaus-Peter Willsch packt aus



„Von Rettern und Rebellen“: Der Euro-Gegner und CDU-Haushaltsexperte Klaus-Peter Willsch gewährt einen Blick hinter die Kulissen unserer Demokratie, FBV, 288 Seiten, 19,99 Euro

Wer je geglaubt hat, in Europa würden Beschlüsse tatsächlich demokratisch fallen, sollte jetzt besser nicht weiterlesen. Wenn politische Entscheidungen in Hinterzimmern getroffen werden, wenn Politiker ohne wirksame Prüfung ihrer Beschlüsse handeln, wenn die Volksvertreter Verträge brechen, sich bei ihren Machenschaften einig sind und Mehrheiten unter Zwang oder bewusst erzeugtem Zeitdruck zu Stande kommen, dann ist im Staat so gut wie nichts mehr sicher. Oder wie es der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch in seinem Buch „Von Rettern und Rebellen“ am Beispiel der „Euro-Rettung“ beschreibt:

„Wenn Mehrheitsbildung wichtiger wird als Meinungsfindung, wenn aus den Experten von gestern plötzlich die Spinner von heute werden, dann sollte man hellhörig werden.“

Klaus-Peter Willsch ist nicht irgendwer. Er war stellvertretender Sprecher für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss – und plötzlich ein Spinner, weil er gegen die „Plünderung Deutschlands durch die Schuldenstaaten“ stimmte und seine Rechte als Abgeordneter wahrnehmen wollte.

Doch der Reihe nach. Wer das Buch des Euro-Kritikers – Klaus-Peter Willsch ist Diplom-Volkswirt und Politikwissenschaftler – liest, sieht seine schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Die Bundesregierung und die EU-Kommission waren seit Beginn der Euro-Krise nicht nur vollkommen planlos, sondern haben laut Willsch den Bundestag gezielt in die Irre geführt.

Beispiel gefällig?

„Wir beschließen etwas, stellen es dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Der das gesagt hat, ist kein Geringerer als Jean-Claude Juncker, Chef der Europäischen Kommission, noch zu Zeiten als luxemburgischer Ministerpräsident.

So viel zum Politikverständnis eines Mannes, der als Vorsitzender der Euro-Gruppe zwischen 2005 und 2013 zu den entscheidenden Akteuren in der Euro-Krise gehörte – unter anderem, um das Konzept eines 750 Milliarden Euro teuren Rettungsschirms mitzutragen. Aufgespannt, um sicherzustellen, dass Krisenstaaten wie Griechenland und damit ein riesiger Bestand an Staats-

anleihen in den Portfolios der Gläubigerstaaten und -banken nicht im südländischen Schuldensumpf untergehen.

Der 750-Milliarden-Euro-Rettungsschirm war übrigens ein abgekartetes Spiel. Vorausgegangen war eine Absprache zwischen Frankreichs damaligem Präsidenten Nicolas Sarkozy und Vertretern aus Italien, Spanien und Portugal, die ein Schreckgespenst an die Wand malten, um die Angst vor einem Zusammenbruch der Euro-Zone zu schüren. Sarkozy übte dabei laut Willisch massiven Druck auf die EZB aus, mit der Absicht, die Zentralbank zu einem groß angelegten Kaufprogramm für Staatsanleihen von Schuldenstaaten auf dem Sekundärmarkt zu bewegen.

„Die festgeschriebene Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank war dem Franzosen vollkommen gleichgültig. Merkel wurde geradezu überrollt. Bereits bei den Verhandlungen über den Bail-out Griechenlands soll Sarkozy laut einem spanischen Regierungsvertreter Merkel mit einem Austritt Frankreichs aus der Euro-Zone und dem Ende der deutsch-französischen Achse gedroht haben, wenn Deutschland nicht zahle“,

schreibt Willisch, der sich bis heute als einer von wenigen „Rebellen“ im Bundestag dem kollektiven Rechtsbruch durch die europäischen Schuldenstaaten entgegenstemmt. Die Ereignisse um den Beschluss des Rettungsschirms bezeichnete ein Mitarbeiter aus dem Bundesfinanzministerium gegenüber Willisch vertraulich als „europapolitischen Schnitzer des Jahrzehnts“.

„Die deutsche Verhandlungsdelegation war mangelhaft vorbereitet und wurde von der Tischvorlage der EU-Kommission regelrecht überfahren. Später sagte ein damaliges Regierungsmitglied zu mir: Merkel war in Moskau, Schäuble im Krankenhaus und der de Mai-zière hat sich über den Tisch ziehen lassen.“

Geltendes Recht gebrochen. Der Rettungsschirm bestand zu diesem Zeitpunkt aus drei Elementen: EFSM, EFSF und IWF. In den Augen seiner Kritiker ein finanzwirtschaftlicher und -politischer Fehltritt: erstens, weil mit dem Bail-out Griechenlands, also der Schuldenübernahme und Tilgung oder Haftungsübernahme durch Dritte gültiges Recht aus dem Vertrag von Maastricht gebrochen wurde. Zweitens, weil der deutsche Steuerzahler allein über den EFSF (European Financial Stability Facility), eine Zweckgesellschaft, die in Form von Darlehen und Kreditlinien Euro-Schuldenstaaten vor dem Bankrott bewahren sollte, mit 123 Milliarden Euro in der Pflicht ist. Und drittens, weil sich der juristische Kern des Hilfspakets entscheidend geändert hat.

„Jetzt waren die Hilfen, für die es noch gar keinen konkreten Adressaten gab, nicht mehr freiwillig und bilateral, sondern gemeinschaftlich und verpflichtend. Die alten Scheinargumente hatten übers Wochenende

ausgedient. Drei entschlossene Franzosen in Schlüsselpositionen – Trichet (damaliger EZB-Präsident), Strauss-Kahn (IWF-Chef) und Sarkozy – hatten im Handstreich die Stabilitätsarchitektur der Währungsunion hinweggefegt.“

Kein Wunder: Mit rund 75 Milliarden US-Dollar im Feuer waren französische Banken, relativ und absolut betrachtet, die mit Abstand größte Gläubigergruppe gegenüber dem griechischen Staat. Die Banken Portugals, Spaniens und Italiens waren zusammen mit gerade mal knapp 18 Milliarden Euro dabei. Deutschland kam laut Auskunft der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) auf 45 Milliarden US-Dollar.

„Ein Schuldenschnitt hätte bei deutschen Banken und Versicherungen zwar zu einem erheblichen Abschreibungsbedarf geführt; ein Haircut von etwa 50 Prozent wäre aber, auf die einzelnen Institute verteilt, durchaus verschmerzbar gewesen. Auf diesen, die Geldbörsen des Steuerzahlers schonenden Schritt wurde aber auf Druck Frankreichs verzichtet.“

„Großer Fehler“. Immerhin war der Internationale Währungsfonds (IWF) mit einem Beitrag von bis zu 250 Milliarden Euro im Boot. Etwas, was Finanzminister Wolfgang Schäuble bereits in den frühen Tagen der Euro-Krise mit allen Mitteln zu verhindern versuchte. Keinesfalls sollte Hilfe von außen erfolgen, also der scheinbar durch die USA dominierte IWF mit der griechischen Schuldenkrise beauftragt werden. Es könnte, so die Befürchtung des Ministers, der Eindruck entstehen, die Europäer misstrauten ihrer eigenen Währung.

„Das war ein großer Fehler. (...) Die USA haben beim Währungsfonds zwar mit 17,67 Prozent den größten Kapitalanteil, der Anteil der Euro-Mitgliedsstaaten zusammen lag aber im März 2010 bei 23,12 Prozent. Auf die gesamte EU entfielen damals 31,87 Prozent. (...) Der IWF kann mitnichten als US-Einrichtung bezeichnet werden. Wäre Griechenland damals in die Hände des IWF gegeben worden, hätte das den deutschen Steuerzahlern viele Milliarden Euro erspart.“

Ein Gutachten, das Willisch dazu bei den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestags in Auftrag gegeben hatte, schrieb dazu unter anderem:

„Ein IWF-Kredit für Griechenland hätte (...) insbesondere den Vorteil, dass der IWF seine Hilfen unter sehr strengen Bedingungen vergeben kann. Entsprechende Auflagen durch die EU würden dagegen nur den Zorn auf Europa schüren.“

Einer, der dagegen Ärger gewohnt ist, meldete sich am 26. Juli 2012 zu Wort: EZB-Präsident Mario Draghi. Mit den Worten: „Innerhalb des Mandats ist die EZB bereit zu tun, was auch immer nötig ist, um den Euro zu schützen. Und glauben Sie mir, es wird genug sein“, schrieb der Italiener Wirtschaftsgeschichte. Mehr noch: Die ►



Finanzmärkte starteten förmlich durch. Am 6. September schuf die EZB mit Outright Monetary Transactions (OMT) ein geldpolitisches Instrument, mit dem sie künftig unbegrenzt Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt kaufen konnte, vorausgesetzt, der betroffene Staat erhielt bereits EFSF-Hilfen oder Unterstützung aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

„Mit dieser Konditionalität wurde die strikte Trennung von Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik aufgehoben. Die EZB übernahm zunehmend originäre Aufgaben der Politik, indem sie nicht nur den politischen Rahmen setzte, sondern ihn auch mit Inhalt füllte.“

Italienische Bande. Damit spielte die EZB der Politik zwar in die Karten. Denn: Solange die Zentralbank über die Staatsanleihenkäufe auch das Zinsniveau auf Grasnarbenhöhe hielt, brauchte die Regierung nicht über neue Rettungsprogramme zu entscheiden. Langfristig betrachtet, sieht die Bilanz aber in aller Regel anders aus: Eine Ausweitung der Geldmenge bringt die zuvor verloren gegangene Wettbewerbsfähigkeit nicht zurück, sondern endet in Inflation und enteignet die Sparer. Wie unabhängig Draghi in seiner Funktion als oberster Banker im Euro-Raum dabei schalten und walten kann, ist mehr als fraglich.

„Da Draghi bei der EZB nur etwa die Hälfte der 757.000 Euro verdiente, die er als italienischer Notenbankchef einstrich, bekam er mutmaßlich von der Banca d'Italia eine Zusatzrente von knapp 200.000 Euro“,

schreibt Willsch in seinem Buch über das Rechercheergebnis seines Mitstreiters und Italien-Kenners Manfred Kolbe. Heikel dabei: Mit italienischen Staatsanlei-

hen im Wert von fast 103 Milliarden Euro in den Kellern der Europäischen Zentralbank gehörte Italien zu den Hauptprofiteuren der EZB-Politik. Der damalige CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt bezeichnet Draghi laut Willsch sogar als „Falschmünzer“.

Dass Draghi vor seiner Zeit als Notenbankpräsident von 2002 bis 2005 bei der US-Investmentbank Goldman Sachs beschäftigt war, macht die Sache nicht besser. Ausgerechnet die Bank,

„die Griechenland dabei geholfen hatte, sich den Eintritt in die Eurozone zu erschwindeln und den wahren Schuldenstand mithilfe von Swap-Geschäften in den Jahren 2001 bis 2007 zu verschleiern. Draghi verweigerte die Herausgabe von einschlägigen EZB-Dokumenten über die Off-Market Cross-Currency Swap Transaktionen Griechenlands und setzte sich damit sogar vor dem Gericht der Europäischen Union gegen den Wirtschaftsdienst Bloomberg Finance LP durch.“

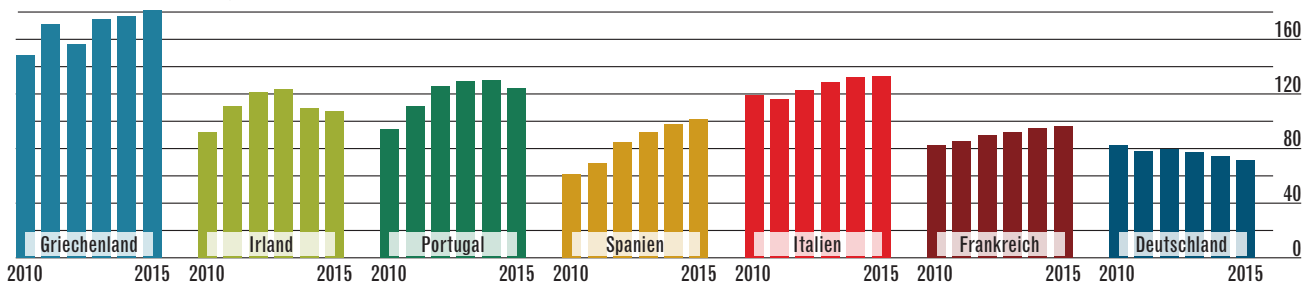
Stimmen statt Meinung. Intransparenz, Inkompetenz, Vorgaukelei: Auch an der Art und Weise, wie die Regierung bei weit reichenden Entscheidungen das Parlament in die Beschlüsse miteinbindet (oder eben nicht), lässt Polit-Veteran Willsch kein gutes Haar.

„Der IWF drängte auf einen Schuldenschnitt. Gleichzeitig betrieben die Euro-Retter weiter Konkursverschleppung. Die Troika-Schuldentragfähigkeitsanalyse mit drei Szenarien war niederschmetternd. Selbst bei optimalem Programmverlauf würde Athen 2016 auf eine Schuldenstandsquote von 198,9 Prozent zusteuern. Im Erfolgsfall würde sich der griechische Schuldenberg 2020 auf 166,1 Prozent belaufen. Es ging aber schon lange nicht mehr um Argumente. Es wurden nur noch potenzielle Ja- und Nein-Stimmen gezählt. Worrüber abgestimmt werden sollte, war nachrangig, solange die Mehrheit stand.“

Traurige Bilanz

Die Bilanz nach fünf Jahren Euro-Rettungspolitik ist ernüchternd. Nur in Portugal und Irland beginnen die Schuldenstände zu sinken – obwohl auch dort die Programmziele deutlich verfehlt werden. Immerhin verließen beide Länder planmäßig den Rettungsschirm und finanzieren sich seitdem wieder über die Kapitalmärkte.

Schuldenstände von Ländern der Euro-Zone
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Europäische Kommission

Als weiteres Beispiel führt Willsch das Hickhack um die nötige Zustimmung des Haushaltsausschusses zur Hebelung des EFSF an. Dahinter steckte das Dilemma, dass die benötigten Hilfen für die Euro-Schuldenträger ganz schnell eine völlig andere Größenordnung erreichen konnten. Nach Einschätzung von Finanzexperten reichten die 440 Milliarden Euro bei Weitem nicht aus, um die Schuldenkrise nachhaltig zu lösen. Italien oder Spanien hätten mit den verbleibenden Mitteln nicht gestützt werden können. Die Lösung war ein Hebel, um dem Rettungspaket ein zusätzliches Polster zu verschaffen. (...)

„Die Sondersitzung sollte am Montag stattfinden. Am Freitagnachmittag lag immer noch nichts vor, obwohl die Regierung dringend unsere Zustimmung brauchte. Denn schon am Dienstag sollten die EFSF-Leitlinien von den Finanzministern der Eurozone beschlossen werden. Die E-Mail aus dem Finanzministerium kam erst am Sonntag um 12:26 Uhr. Beigefügt war ein Dokument mit insgesamt 77 Seiten; immerhin bereits mit einer deutschen Übersetzung. Zur Durcharbeitung der Guidelines blieben keine 24 Stunden. Das war alleine nicht zu schaffen.“

Professor Bernd Lucke, den Willsch zusammen mit Professor Harald Hau um eine Prüfung der Unterlagen bat, schrieb dazu unter anderem:

„Die Vorlagen sind teilweise unvollständig und weiterhin vage. Ich bin nicht imstande, die Konsequenzen der hier anstehenden Entscheidungen innerhalb des eingeräumten Zeitraums zu überblicken. Wenn die Mitglieder des Haushaltsausschusses dies können, dann ist es gut, andernfalls sollten sie die Achtung ihrer parlamentarischen Rechte einfordern.“

Es kam anders. Da am Dienstag die öffentliche Verhandlung zum Sondergremium vor dem Bundesverfassungsgericht anstand, wollte und konnte die Regierung keinen weiteren Tag Bedenkzeit zugestehen.

„Die Regierung setzte uns wieder einmal erfolgreich die Pistole auf die Brust. Die Sondersitzung endete nach drei Stunden mit der Zustimmung des Haushaltsausschusses. Welche Ironie! Die Regierung hatte das Parlament in Berlin im Würgegriff und betonte in Karlsruhe gleichzeitig, dass man den Abgeordneten genug Luft zu atmen lasse.“

Armer Sparer. Auch für den deutschen Steuerzahler wird die Luft dünner. Die Folgen der Schulden- und Haftungsunion badet vor allem der Sparer aus. Das urdeutsche Credo „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ verkehrt sich ins Gegenteil. Ungewollt und unverschuldet steht der deutsche Steuerzahler für die größtenteils durch Eigenverschulden entstandenen Probleme in anderen Ländern gerade. Die Guthabenzinsen liegen unterhalb der Preissteigerungsrate, soll heißen: Der Sparer wird schleichend enteignet. Auch Inhaber von Lebensversicherungen oder Bausparverträgen werden geschröpft.

„In Vergessenheit gerät dabei, dass der Medianwert der Nettovermögen in den Schuldenstaaten teilweise viel höher liegt als in Deutschland. Gemäß einer EZB-Studie verfügen 50 Prozent der Zyprier über ein Vermögen von über 266.900 Euro. Es folgen unter den Schuldenstaaten Spanien mit 182.700, Italien mit 173.500, Griechenland mit 101.900 sowie Portugal mit 75.200 Euro. Deutschland liegt in dieser Tabelle mit 51.400 Euro an letzter Stelle.“

JENS MASUHR

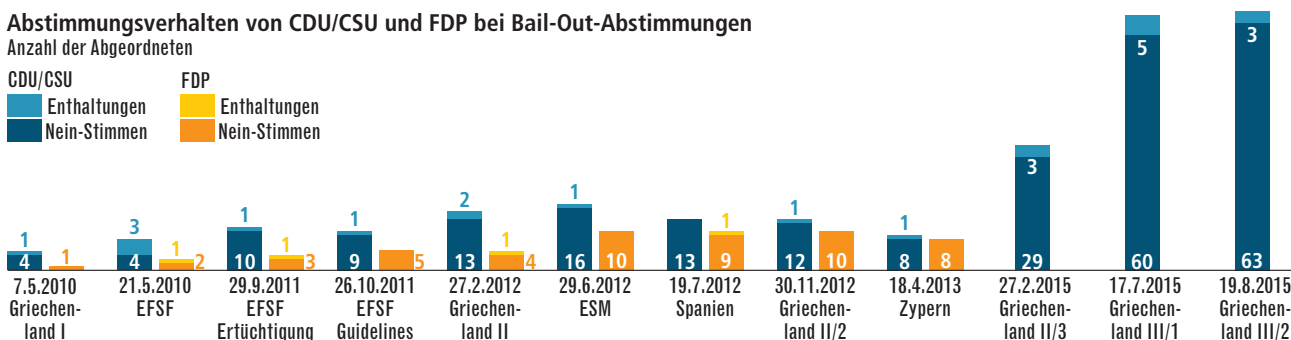
Immer mehr Rebellen

CDU-Haushaltsexperte Willsch stemmte sich von Beginn an gegen die Plünderung Deutschlands durch die Schuldenstaaten. Im Lauf der Krise füllte sich das Lager der „Rebellen“. Bei der letztjährigen Abstimmung sprachen sich bereits 63 Abgeordnete der Regierungsparteien CDU/CSU gegen das Hilfspaket für Griechenland aus.

Abstimmungsverhalten von CDU/CSU und FDP bei Bail-Out-Abstimmungen

Anzahl der Abgeordneten

CDU/CSU: Enthaltungen (hellblau), Nein-Stimmen (dunkelblau)
 FDP: Enthaltungen (gelb), Nein-Stimmen (orange)



Quelle: Von Rettern und Rebellen, FBV, Seite 285